

Bedingungsloses Grundeinkommen – für eine gerechte Wohlstandsverteilung in einer digitalisierten Wirtschafts- und Arbeitswelt

Für Zukunftsforscher wie Lars Thomsen, Richard David Precht und eine Reihe von Wirtschaftsexperten wie Mc Kinsey, Boston Consulting, Warren Buffett, und vielen anderen ist die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens ausschließlich eine Frage der Zeit. Ziel ist die Erlangung von Gerechtigkeit, die durch einen sich exponentiell rasant entwickelnden technologischen Fortschritt (Digitalisierung) und die Ungleichverteilung von Kapital, Arbeit und Einkommen in eine Schräglage geraten ist. Durch Ungerechtigkeit entsteht jedoch destruktiv-revolutionäres Potential, das im derzeitigen Wirtschaftssystem nicht reduziert oder verhindert werden kann. Erfolgreiches Wirtschaften braucht aber, neben anderen Faktoren, wirtschaftliche Kontinuität und gesellschaftliche Stabilität.

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist nicht nur ein Instrument zur gerechteren Einkommensverteilung sondern eine systemische Veränderung, die die Gesellschaft nachhaltig beeinflussen wird.

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) hebt bisherige Arbeits- und Leistungsdogmen unserer Gesellschaft aus. Als Grüne Wirtschaft verstehen wir uns aber als Vorreiter des progressiven, neuen, modernen, kreativen, unabhängigen, innovativen Teils der UnternehmerInnen. Die sich technologisch rasant verändernde Erzeugung von Wertschöpfung in allen Wirtschaftsbereichen macht es erforderlich, neue Ansätze zu finden. Wenn wir unternehmerisch kreativ sein sollen, brauchen wir für die Abfederung rasch wechselnder Lebensbedingungen eine Form eines Grundeinkommens.

Neben den Argumenten der Finanzierbarkeit und der Arbeitswilligkeit wird die Sinnstiftungsfrage, die derzeit weitgehend über Arbeit und Einkommen definiert wird, eine bedeutende Rolle spielen.

1. Die Transformation der Wirtschafts-, der Arbeitswelt und der Gesellschaft bringt große Veränderungen mit sich

- Die Digitalisierung und Automatisierung der Arbeitswelt ist in aller Munde. Unzählige Studien prognostizieren, dass sich die Zahl der Berufe, der Beschäftigungsverhältnisse und die klassischen Erwerbsarbeitsvolumina dramatisch verändern werden. So wurde z.B. in einer Studie der Universität Oxford geschätzt, dass bis 2030 ca. die Hälfte der Jobs in der westlichen Welt verloren geht, für Österreich prognostiziert das IHS derzeit einen Verlust von 300.000 bis 400.000 Arbeitsplätzen. Die tatsächliche Dimension hängt stark von der Wirtschaftsstruktur, dem Bildungsgrad der Bevölkerung und der Ausformung der Arbeitsbedingungen (Normalarbeitszeit, Flexibilisierung, Einkommensniveau, etc.) ab.
- Die Produktivitätssteigerungen bilden sich – mit Ausnahme der Superreichen - in der westlichen Welt immer weniger in einem Anstieg der Einkommen ab. Damit wird ein immer größerer Teil der Bevölkerung vom Wohlstandszuwachs abgekoppelt und

selbst der IWF empfiehlt den Ländern auf die Wohlstandsverteilung zu achten. Der politische Trend nach Rechts ist auch Ausdruck der Unzufriedenheit über die größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich.

- Die Auswirkungen dieser Transformation der Arbeitswelt sind jedenfalls bereits jetzt erkennbar, denn immer mehr Menschen machen sich auch auf Grund fehlender Angebote an unselbständiger Arbeit selbständig. Mehrfachbeschäftigungen, Gig-Jobs, Working-Poor, geringfügige Beschäftigungen – also prekäre Arbeitsverhältnisse – sind für immer mehr selbständig und unselbständig arbeitende Menschen Realität. Die soziale Absicherung ist nicht mehr für alle gegeben bzw. nur unter Repressalien und unwürdigen Bedingungen zu erlangen. Die Ungleichheit in Österreich steigt, der soziale Frieden ist mittelfristig gefährdet.
- Gleichzeitig sind in Österreich und der EU konservative Parteien massiv gestärkt worden, die immer noch am „Leistungsdogma“ festhalten (wer nicht arbeitet soll auch nicht essen), die Sozialleistungen noch stärker davon abhängig machen wollen, dass zuvor ins System eingezahlt wurde.
- Dabei wird aber außer Acht gelassen, dass immer mehr Menschen aus den oben angeführten Gründen gar nicht die Möglichkeit haben, in entsprechendem Ausmaß am klassischen Erwerbsarbeitsprozess teilzunehmen. Weil sie mit der Care- und Reproduktionsarbeit ausgelastet sind oder weil sie auf Grund von Krankheit, Behinderung, etc. nicht arbeiten können.

Es zeichnet sich ab, dass es neue Lösungen braucht, um allen Bürgerinnen und Bürgern ein Einkommen zum Auskommen zuzusichern, das gleichzeitig ein Leben in Würde und Selbstbestimmung möglich macht, für sozialen Frieden sorgt und eine prosperierende Wirtschaft ermöglicht.

2. Voraussetzungen für ein Grundeinkommen für alle Mitglieder der Gesellschaft, unabhängig von Einkommen, Arbeitsverhältnis, Erwerbslosigkeit, Geschlecht, Alter, Krankheit oder Behinderung

Ein Grundeinkommen, das allen Menschen ein würdevolles Leben ermöglicht, muss die gesellschaftliche Teilhabe und die Existenz sichern, darf an keine Bedingungen geknüpft sein und muss für jede Person individuell gelten. Diese Kriterien definiert das Netzwerk Grundeinkommen wie folgt:

Ein Grundeinkommen ist eine bedingungslose, finanzielle Zuwendung, die jedem Mitglied der Gesellschaft in Existenz sichernder Höhe, ohne Rücksicht auf sonstige Einkommen, auf Arbeit oder Lebensweise als Rechtsanspruch zusteht.

Das Grundeinkommen ist

- **allgemein:** alle BürgerInnen, alle BewohnerInnen des betreffenden Landes müssen tatsächlich in den Genuss dieser Leistung kommen;
- **existenzsichernd:** die zur Verfügung gestellte Summe soll ein bescheidenes, aber dem Standard der Gesellschaft entsprechendes Leben, die Teilhabe an allem, was in dieser Gesellschaft zu einem normalen Leben gehört, ermöglichen; ein zu gering bemessener Beitrag, der den Zwang zur Erwerbsarbeit nach sich zieht, ist abzulehnen.

- **personenbezogen:** jede Frau, jeder Mann, jedes Kind hat ein Recht auf Grundeinkommen. Nur so können Kontrollen im persönlichen Bereich vermieden werden und die Freiheit persönlicher Entscheidungen gewahrt bleiben;
- **bedingungslos** soll das von uns geforderte Grundeinkommen deshalb sein, weil wir in einem Grundeinkommen ein BürgerInnenrecht sehen, das nicht von Bedingungen (Arbeitszwang, Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit, geschlechterrollenkonformes Verhalten etc) abhängig gemacht werden kann.

das bedeutet:

- **arbeitsunabhängig:** mit einem Grundeinkommen ist weder eine Kontrolle unbezahlter Arbeit, noch eine Verpflichtung zur Erwerbsarbeit verbunden. Die ethische Verpflichtung zu sinnvoller Tätigkeit ist damit aber nicht aufgehoben, gleichzeitig soll deutlich werden, dass Arbeit nicht mit Erwerbstätigkeit gleichgesetzt werden soll;
- **ohne Armutsfalle:** Leistung drückt sich keineswegs nur in Geldeinkommen aus. Trotzdem soll ein Grundeinkommen so gestaltet sein, dass jedes zusätzliche Einkommen das verfügbare Einkommen erhöht;
- **demokratisch:** die Inanspruchnahme von Grundeinkommen darf nicht diskriminierend sein, deshalb muss es allen Mitgliedern der Gesellschaft zu Gute kommen.

Das angestrebte Grundeinkommen ersetzt nicht den Sozialstaat, sondern es schafft ein einheitliches Fundament für individuelle Sozialleistungen. Einige der bestehenden, staatlichen Leistungen können zwar ersetzt werden (Mindestsicherung, Notstandshilfe, Familienbeihilfe, etc.), es muss aber weiterhin für besonders bedürftige Personengruppen zusätzliche Leistungen wie z.B. Pflegegeld, Behindertenunterstützung, etc. geben. Bei den Pensionen ist ein Mischsystem aus Basiseinkommen und erwerbsarbeitsbezogenen Leistungen sinnvoll (Grünes Pensionsmodell).

Wesentlich ist jedoch, dass die Finanzierung einer öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, Verkehr, Wasser, Energie und Wohnen als wichtige Staatsaufgabe bestehen bleibt.

3. Die unternehmerische Perspektive umfasst vor allem die Gründungsphase, die Motivation der Mitarbeiter, Produktivitätsgewinne und innovative Freiräume

Aus unternehmerischer Perspektive gilt es 3 Fragen zu beleuchten:

- Welche Vorteile hat ein BGE für Unternehmerinnen und Unternehmer?
- Verändert ein BGE das Arbeitskräftepotential bzw. die Bereitschaft zu arbeiten?
- Gibt es Effekte, die aus volkswirtschaftlicher Perspektive Vorteile für Unternehmen erzeugen?

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass Unternehmerinnen und Unternehmer aus innerem Antrieb ihrer Tätigkeit nachgehen, so ferne sie nicht durch äußere Rahmenbedingungen zur Selbständigkeit gedrängt wurden.

Vorteile eines Bedingungslosen Grundeinkommens für Unternehmen

In der Startphase eines Unternehmens ist für viele die Finanzierung des eigenen Lebens eine große Schwierigkeit, da es - je nach Tätigkeit und Investitionsnotwendigkeiten unterschiedlich - in der Regel mehrere Monate bis sogar Jahre dauert, bis ein Betrieb ein unternehmerisches Einkommen erzeugt. Diese Hürde führt häufig dazu, dass gute Ideen nicht umgesetzt werden, weil die finanziellen Mittel für die Überbrückung dieser Phase nicht vorhanden sind. Damit bleiben aber viele Potentiale ungenutzt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte dazu beitragen, dass mehr Menschen die Möglichkeit haben, ihre unternehmerischen Ideen umzusetzen. Es könnten aber auch Freiräume für die Weiterentwicklung eines Unternehmens geschaffen werden. Die finanzielle Unabhängigkeit (zumindest auf niedrigem Niveau) ermöglicht auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, weil der monetäre Druck geringer wird.

Zusammengefasst lassen sich für die Wirtschaft folgende Vorteile erkennen

- Wirtschaftliche Kontinuität durch sozialen Frieden (Armutsverhinderung)
- Gesteigerte Effizienz durch erhöhte Motivation und Entscheidungsspielräume
- Schaffung von Freiräumen für Innovation und Kreativität, Entschleunigung der Arbeitswelt ohne Effizienzeinbuße
- Erleichterung lebenslangen Lernens und von Firmengründungen
- Vereinfachung der Verwaltung und Entbürokratisierung
- Leichtere Überbrückung von monetären Engpässen bei Auftragsschwankungen
- Befreiung von Existenzängsten bei Unternehmern und Beschäftigten
- Gesünderes, weil stressfreies Leben, geringerer Aufwand für das Gesundheitssystem
- Nachhaltiges, ökologisches Wirtschaftssystem (bei entsprechender Steuer-ung)
- Stärkung der Demokratie

Grundlegende Veränderungen wird es jedoch im Bereich des Unternehmens-Managements geben, der angelegte eQ, CSR und Mitarbeiterführung werden größte Priorität genießen.

Arbeitskräftepotential und Arbeitswilligkeit

- Von kritischer Seite wird regelmäßig angezweifelt, dass die Arbeitswilligkeit bestehen bleibt. Eine Einschätzung zu den Effekten auf die Arbeitswilligkeit wurde in einer Studie der Johannes Kepler Universität Linz im Februar 2017 in einem Modellvergleich integriert (Prof. Friedrich Schneider). Anlässlich der Volksabstimmung zum BGE wurde in der Schweiz eine Erhebung durchgeführt, die zeigte, dass 98% der Befragten in irgendeiner Form weiter tätig sein wollten.
Es ist also davon auszugehen, dass der Mensch aus ganz persönlicher Motivation heraus kreative, schöpferische Prozesse vorantreiben möchte. Das bedeutet, dass der Wunsch zu „arbeiten“ bei den meisten Menschen ohnedies vorhanden ist.
- Die Einstellung zur Arbeit wird sich bei Mitarbeitern aber gleichfalls positiv verändern: Durch die Freiheit, jene Tätigkeit zu machen, die sie aus persönlichen Gründen machen wollen, entsteht Motivation als Arbeitsethos und Produktivität.

Darüber hinaus gibt es einen freien Markt an finanzieller Anerkennung für geleistete Arbeit: Arbeit, die niemand machen will muss besser bezahlt werden, Modeberufe sind dann geringer entlohnt.

- Ein wesentliches Merkmal wird sich für (schlechte) Unternehmen bei Einführung eines BGE ergeben: Die Mitarbeiter werden selbstbewusster sein, ihre Meinung kundtun und ev. den Arbeitsplatz schneller wechseln, wenn er nicht ihren Vorstellungen entspricht. Dieser Umstand wird sich positiv für gute Unternehmen auswirken und schlechte Unternehmen schwächen.

Der volkswirtschaftliche Nutzen

- Zu den o.gen. Vorteilen entstehen durch die größere Unabhängigkeit volkswirtschaftliche Effekte, die die Kosten im Gesamtsystem reduzieren können bzw. auch auf Unternehmensseite Vorteile erzeugen. Das Züricher Institut Zukunft hat 2015 untersucht, welche Potentiale durch geringeren Stress, größere Motivation und Zufriedenheit durch mehr Entscheidungsfreiheit/ Selbstbestimmung, größere Risikobereitschaft und Platz für Kreativität etc. entstehen. Dabei wurde dargestellt, dass durch ein Basiseinkommen die Arbeitsproduktivität ansteigt, die Kosten für das Gesundheitssystem gesenkt und Verwaltungskosten reduziert werden. Ein besserer Zugang zu Weiter-/Bildung ist gewährleistet, womit die Einkommen gesteigert bzw. Arbeitskräftepotentiale verbessert werden können. Motivation und Freiräume für Innovation entstehen, die (Drogen-) Kriminalitätsraten würden sinken. Gesamtgesellschaftliche Kostenaufwendungen können sich dadurch reduzieren, wovon auch die Unternehmen in hohem Maße profitieren.

4. Neue Formen ökologischer Arbeit werden durch ein BGE und seine Einkommenssicherheit entstehen

Neben den Veränderungen der Arbeitswelt und damit der Gesellschaft ist die zweite wichtigste Herausforderung die Bewältigung der Klimakrise. Unser auf Wachstum basierendes Wirtschaftssystem ist gekennzeichnet von Überproduktion. Neues, unnützes Mengenwachstum wird durch Neuverschuldungen an den Ressourcen der Erde – Stichwort: Welterschöpfungstag - künstlich geschaffen. Der Ausstoß von Treibhausgasen, verursacht durch fossile Brennstoffe, erzeugt in Kombination mit immer noch ungebremstem Ressourcenverbrauch einen lebensbedrohlichen Temperaturanstieg auf unserem Planeten. Deshalb ist es dringend notwendig durch mehr Unabhängigkeit (z.B. bei fossilen Brennstoffen) Modelle zu schaffen, um den Weg in eine ressourcenschonendere Lebenswelt zu beschreiten. Durch die Entkoppelung von Einkommen und Existenz wird der Übergang in eine Reparaturwirtschaft, eine Suffizienzwirtschaft und eine Subsistenzwirtschaft erleichtert. Die ökonomische Basisabsicherung ohne Leistungsdruck ist ein Mittel zur Realisierung eines neuen Wertedenkens.

5. Soziale Veränderungen in Richtung soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität werden durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen gefördert

Der Mensch darf nicht nur unter Nützlichkeits- und Leistungsaspekten, geprägt durch konservative, neoliberale Ideologien bewertet werden. Derzeit wird gesellschaftlich anerkannt, was durch Geld entlohnt wird. Es gibt zwar Lippenbekenntnisse, die Wertschätzung gegenüber den anderen Tätigkeiten wie Care-, Reproduktions- und ehrenamtlicher Arbeit zum Ausdruck bringen sollen, jedoch gibt es kaum strukturelle Unterstützung. Damit wird eine einseitige Leistungsideologie verfolgt.

Die Stärkung der Unabhängigkeit von Frauen z.B. bei Entlohnungsunterschieden oder in Ausverhandlungsprozessen, wenn es um die Aufteilung der Versorgungsarbeit geht, wird durch ein BGE gefördert. Durch mehr Entscheidungsfreiheit wird Gleichberechtigung hergestellt.

Durch zusätzliche Freiräume entstehen neue Formen der kooperativen Zusammenarbeit, sei es durch Nachbarschaftshilfe, vermehrte Zeit für die Pflege sozialer Beziehungen (Beziehungswohlstand), Teilhabe an politischer Arbeit und BürgerInnenbeteiligung (Demokratiewohlstand), usw.

6. Die Finanzierung eines BGE stellt keine schwerwiegende Aufgabe dar. Es ist genügend Staatseinkommen (BIP) vorhanden, das bei einer Fairteilung die Finanzierung eines Basiseinkommens zulässt. Voraussetzung ist ein vernünftiger Mix verschiedener Steuern

Ausgehend von einem monatlichen Betrag von beispielsweise 1000.- Euro für Erwachsene und 500.- Euro für Kinder und Jugendliche ergibt sich ein Gesamtaufwand von 95 Mrd. Euro pro Jahr, der für eine Basisabsicherung zur Verfügung stehen muss.

Die Finanzierung wäre allein über Einsparungen an Administration, unnötiger Förderungen und die Einführung einer maßvollen Energiesteuer möglich. Sie erfordert aber eine Einbettung in ein fiskal- und sozialpolitisches Gesamtkonzept und es braucht sicherlich auch weitreichende Veränderungen und v.a. Umschichtungen der Strukturen der österreichischen Verwaltung und der Steuersysteme. Und nicht zuletzt ist für ein friktionsfreies Übergangsszenario zu sorgen.

Eine Steuerstrukturreform (Steuern auf Arbeit reduzieren und dafür Besteuerung der Wertschöpfung, des Ressourcenverbrauchs und von Vermögen/-szuwächsen) ist ein Gebot der Stunde. Der Produktivitätszuwachs geht derzeit zu größten Teilen in die Gewinne der Stakeholder. Vermögenssteuern, Ressourcensteuern, Hinterfragung von Förderungen und Mehrfachförderungen, Kapitaltransfersteuern, Ökosteuern und der Abbau nicht mehr nötiger Verwaltung (Sozialämter, AMS, Gesundheitsadministration) ermöglichen die Finanzierung des BGE.

Durch behutsame, steuerliche Umschichtungen muss aber eine Steuerexplosion verhindert werden. Unternehmen, auch große, sollen nicht zur Absiedlung animiert werden, die Vorteile des BGE sollen den Unternehmen vermittelt werden. Die Finanzierung über Konsumsteuern ist abzulehnen, weil ungerecht.

Eine Bundesstaatsreform, muss für eine Neuorganisation staatlichen Verwaltung, der Sozialversicherungen (Zusammenlegung), die Sicherstellung des öffentlichen Gesundheitssystems und die Fürsorge für Behinderte etc. Sorge tragen und die Finanzierung sicherstellen.

Bereits heute sind 52% der Österr. Bevölkerung Transferbezieher (Kinder, Schüler Studenten, Arbeitslose, Rentner, Mindestsicherungsempfänger etc.). Der Weg zum Bedingungslosen Grundeinkommen für alle scheint nicht zu lang zu sein.

Statistische Zahlen:

- Österreich ist das viertreichste Land Europas. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt derzeit 353 Mrd. Euro (2016, Statistik Austria). Die Steuer- und Sozialabgaben/Einnahmen aller Gebietskörperschaften betragen 151 Mrd. Euro.
- 2016 lebten 8.739.806 Personen in Österreich, davon waren 19.6 % Kinder und Jugendliche.
- 2016 gab es 345'632 geringfügig Beschäftigte (2000 gab es 196'772), 30% der Beschäftigten sind nicht ganzjährig beschäftigt
- 2016 gab es 49'499 selbst. Beschäftigte (2000 gab es 21'059), 60% der Unternehmen sind EPU's (305'000); 100'000 kommen gerade so über die Runden

Anhang/Quellen:

http://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf

https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/2016_Files/Documents/20170412_IHS-Bericht_2017_Digitalisierung_Endbericht.pdf

<http://grundeinkommen.at/index.php/grundeinkommen>

http://community.attac.at/uploads/media/BGE_Positionspapier.pdf

http://www.econ.jku.at/members/Schneider/files/publications/2017/ZusammenfassungGrundeinkommen_Februar2017.pdf

http://www.econ.jku.at/members/Schneider/files/publications/2017/Grundeinkommen_Februar2017.pdf

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/steuereinnahmen/index.html

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/index.html